

## 16 „Demokratische“ Absetzung eines Dorfvorstehers - Fortschritt im Aufbau basisdemokratischer Strukturen?

Anfang Mai feierte die offizielle Tageszeitung der südchinesischen Inselprovinz Hainan einen weiteren Durchbruch im Aufbau ländlicher Basisdemokratie: In dem Dorf Yusha im Distrikt Haikou war Ende April der Vorsteher des Dorfkomitees, Fu Maoxuan, durch ein demokratisches Abstimmungsverfahren der Dorfbewohner abgesetzt worden, ein Ereignis, dem als angeblich erstem seiner Art besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde (*Hainan Ribao*, 3.5.00, nach SWB, 5.5.00).

Laut dem Bericht soll Fu Maoxuan im Januar dieses Jahres durch einen eigenmächtigen Grundstücksverkauf den Unmut der Dorfbewohner auf sich gezogen haben. Diese unterzeichneten daraufhin in ausreichend großer Zahl (notwendig ist ein Fünftel der wahlberechtigten Personen) eine Petition, in der sie die Absetzung des Dorfvorstehers forderten. Auf der vierstündigen Dorfsitzung, die daraufhin einberufen wurde, hatte Fu Gelegenheit zu seiner Verteidigung, die ein negatives Abstimmungsergebnis (495 von 686 abgegebenen Stimmen) gegen ihn jedoch nicht verhindern konnte. „Um 14.18 Uhr“ desselben Tages war seine Absetzung „nach Artikel 16 des Gesetzes über dörfliche Selbstverwaltung der Volksrepublik China“ damit rechtskräftig. Parteivertreter beeilten sich daraufhin zu betonen, dass „Partei und Regierung dem Urteil der Massen vollstes Vertrauen schenken und ihre Entscheidung respektieren“, und auch Fu selbst wurde mit der Aussage zitiert, dass er für das Abstimmungsergebnis Verständnis habe und es für legitim ansehe (ebd.).

In der Vorführung dieses „formschönen“ Aktes ländlicher Basisdemokratie scheint die Begeisterung westlicher Beobachter widerzuhallen, die im Ausbau demokratischer Strukturen auf der dörflichen Basis seit Mitte der achtziger Jahre und insbesondere in der Revision des Gesetzes über dörfliche Selbstverwaltung einen Hoffnungsfunkten für die chinesische Menschenrechtsentwicklung und den Ausgangspunkt einer „stillen Revolution“ sehen. Allerdings ist zu sehen, dass das

Hauptziel der chinesischen Führung nicht eine „Demokratisierung von unten“, sondern vielmehr die Wahrung der politischen und gesellschaftlichen Stabilität ist. Die Ermöglichung dörflicher Direktwahlen trägt dem schwindenden Einfluss der kommunistischen Parteiorgane auf dem Land Rechnung. Zugleich ist ihr eine psychologische Ventilfunktion zugeordnet, die verhindern soll, dass der Unmut der ländlichen Bevölkerung auf höhere Ebenen durchschlägt (vgl. C.a., 1998/11, Ü 6).

Dem Ziel sozialer Stabilisierung der dörflichen Basis scheint man allerdings durch den Ausbau der „ländlichen Demokratie“ bisher nicht wesentlich näher gekommen zu sein. Wie eine Bestandsaufnahme vom April dieses Jahres in der *South China Morning Post* nahelegt, wachsen die sozialen Spannungen auf dem Land und der Unmut der Bauern über willkürlich auferlegte Abgaben und Steuern, Amtsmissbrauch und Korruption (SCMP, 11.4.00). -hol-

## 17 Sperre für individuelle Touristenvisa an ausländische Journalisten

Laut Meldungen aus Hongkong von Anfang Mai vergeben die chinesischen Behörden keine individuellen Touristenvisa an ausländische Journalisten mehr. Von offizieller chinesischer Seite wurde allerdings nicht bestätigt, dass ein Wechsel der Visapolitik vorliege (SCMP, 6.5.00, *Ta Kung Pao*, 10.5.00, nach SWB, 11.5.00).

In der Vergangenheit war es eine relativ weit verbreitete und von den Behörden offenbar geduldete Praxis für ausländische Journalisten, nicht nur für private, sondern teilweise auch für gemischt privat-berufliche Aufenthalte mit individuellen Touristenvisa nach China einzureisen. Häufigen Gebrauch von dieser Praxis schienen vor allem in Hongkong stationierte ausländische Journalisten zu machen.

Im Gegensatz dazu wurde nun Journalisten, die ein individuelles Touristenvisum beantragten, dieses verweigert. Stattdessen wurden sie aufgefordert, sich einer offiziell betreuten Touristengruppe anzuschließen. Chinesische Journalisten in Hongkong, die mit Besuchserlaubnissen auf das

Festland einreisen können, sind davon nicht betroffen.

Die veränderte Praxis hat einige Verunsicherung ausgelöst. Kommentatoren zeigten sich vor allem überrascht, dass gerade im Vorfeld der Entscheidung im US-amerikanischen Repräsentantenhaus über die Normalisierung der Handelsbeziehungen mit China auf ein solches Verhalten nicht verzichtet wurde, das in krassem Widerspruch zur wirtschaftlichen Liberalisierung und Öffnung des Landes steht (SCMP, 6.5.00). -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 18 Forderung nach mehr Patentierungen

Die *Guangming-Zeitung* hat kürzlich an Wissenschaftler und Techniker appelliert, mehr Gebrauch von der Möglichkeit der Patentierung ihrer Erfindungen und Entdeckungen zu machen. Da der Gedanke des intellektuellen Eigentums in China schwach ausgeprägt sei, würden für eine große Anzahl wissenschaftlicher Forschungsergebnisse keine Patente angemeldet, und auf diese Weise gingen viele dieser Werte einfach verloren. Pro Jahr, so heißt es in dem Blatt, würden auf Staatsebene gut 30.000 bedeutende wissenschaftlich-technische Ergebnisse vorgelegt, doch für zwei Drittel von ihnen würde kein Patent angemeldet. In einem guten Jahrzehnt habe China mehr als 110.000 Erfindungen der Welt unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Nur weil man oft die Gebühr von einigen tausend oder zehntausend Yuan für die Anmeldung eines Patents nicht ausgeben wolle, würden leichtfertig lukrative internationale Märkte aufgegeben.

Insbesondere der vor mehr als zehn Jahren eingerichtete „Plan 863“, ein staatliches Programm zur High Tech-Entwicklung, habe schon eine Vielzahl von Produkten mit großer sozioökonomischer Bedeutung hervorgebracht. Doch von den rund 2.000 Ergebnissen seien gerade einmal etwas mehr als 400 Patente angemeldet worden, das

sei noch nicht einmal 25%, und unter diesen seien nur 20 Patente im Ausland angemeldet worden, 5% der angemeldeten Patente.

Die Verluste, die dadurch entstanden seien, dass man für High Tech-Erfindungen nur in China und nicht im Ausland Patente angemeldet habe, seien beklagenswert. Gemäß Patentgesetz hätten Patente immer einen territorialen Geltungsbereich, d.h. eine Erfindung, die in China patentiert sei, könne in einem anderen Land, wo sie keinen Schutz genieße, unentgeltlich genutzt werden. Deshalb würden Unternehmen in entwickelten Ländern sich nach der Patentierung ihrer Erfindungen im eigenen Land mit Blick auf gute internationale Märkte auch gleich die Rechte im Ausland sichern. Dies sei in China nicht so. Bis 1998 seien in China 115.900 Erfindungen patentiert worden, doch in den 14 Jahren seit 1985 seien nur knapp 3.000 Patente im Ausland angemeldet worden. Dies bedeute, dass 113.000 Erfindungen dem Ausland unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden seien. Erschwerend komme noch hinzu, dass das Ausland in zunehmendem Maße in China Patente anmelde. Insbesondere in der Informationstechnologie machten ausländische Patente 90% aus. (GMRB, 11.5.00)

Angeichts des traditionell schwach ausgebildeten Bewusstseins für den Schutz geistigen Eigentums ist es einerseits sicherlich nötig, immer wieder an chinesische Unternehmer und Erfinder zu appellieren, ihre Erfindungen in stärkerem Maße patentieren zu lassen. Andererseits dürfte nicht jede in China gemachte Erfindung für das Ausland interessant sein. Insofern scheint das Argument, China stelle der Welt jährlich eine Vielzahl von Erfindungen unentgeltlich zur Verfügung, wenig stichhaltig zu sein. -st-

### 19 Drei neue Universitäten in Wuhan

In Wuhan, Hauptstadt der Provinz Hubei, sind durch Zusammenschluss von neun tertiären Bildungseinrichtungen drei neue Universitäten entstanden:

1. Die Zentralchinesische wissenschaftlich-technische Universität (*Huazhong keji daxue*), die aus der ehemaligen

Hochschule für Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Tongji-Hochschule für Medizin und der Wuhaner Hochschule für Städtebau gebildet wurde. Zugleich ist in der neuen Universität auch die wissenschaftlich-technische Berufshochschule Wuhan aufgegangen. Die Zentralchinesische wissenschaftlich-technische Universität ist eine dem Bildungsministerium unterstehende Schwerpunkthochschule. Zuvor waren die einzelnen Hochschulen verschiedenen Ministerien unterstellt. Es handelt sich um eine umfassende Universität, an der sowohl Natur- als auch Geistes- und Verwaltungswissenschaften gelehrt werden, deren Schwerpunkte jedoch Informatik und Biowissenschaften bilden. Die Personalstärke der Universität beträgt über 10.000 (Lehr- und anderes Personal), darunter allein über 700 Professoren, die Zahl der Studenten gut 33.000, davon 4.900 Postgraduierte (XNA, 27.5.00).

2. Die Zentralsüdchinesische Universität für Finanz-, Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaft (*Zhongnan cai jing zheng fa daxue*), die sich aus den ehemaligen Zentralsüdchinesischen Hochschulen für Finanz- und Wirtschaftswissenschaft und für Politik- und Rechtswissenschaft zusammensetzt. Ihre Schwerpunkte bilden Wirtschafts- und Rechtswissenschaft sowie Betriebswirtschaft, aber es sind auch Geistes- und Naturwissenschaften vertreten.

3. Die Wuhan-Universität für Natur- und Ingenieurwissenschaften (*Wuhan ligong daxue*), die durch Zusammenschluss der ehemaligen Wuhaner Hochschule für Ingenieurwesen, der Wuhaner Hochschule für Verkehrswissenschaft und -technik und der Wuhaner Hochschule für Kfz-Mechanik entstanden ist. Schwerpunkte dieser Universität sind acht große Disziplinen im Bereich der technischen Wissenschaften. Sie zählt über 30.000 Studenten, darunter 2.200 Postgraduierte. (RMRB, 29.5.00)

Die Hochschulzusammenschlüsse, die im Hinblick auf das sog. „Projekt 211“ vorgenommen werden, sollen die Universitäten leistungs- und konkurrenzfähiger machen. Die in das „Projekt 211“ aufgenommenen 100 Universitäten sollen im 21. Jh. zu den besten

Universitäten der Welt zählen (vgl. dazu C.a., 2000/4, Ü 23). -st-

### 20 Beijing erhöht Studiengebühren

Die Beijinger Stadtregierung hat kürzlich per Erlass die Erhöhung der Studiengebühren um maximal 20% verfügt. Danach betragen die Studiengebühren an regulären Hochschulen bis zu 4.200 Yuan pro Jahr, an Schwerpunkuniversitäten bis zu 5.000 Yuan pro Jahr und an Schwerpunkthochschulen für Medizin und Fremdsprachen bis zu 6.000 Yuan pro Jahr. Studenten der Fachrichtungen Pädagogik, Agronomie, Forstwirtschaft, Sport, Schifffahrt und Nationalitätenstudien zahlen nach wie vor kein Studiengeld, weil es sich hier um Mangel-fächer handelt. Für Studenten aus bedürftigen Familien sollen laut Erlass die Studiengebühren reduziert oder erlassen werden. (XNA, 27.5.00)

Während vor der Hochschulreform das Hochschulstudium in China kostenlos war, wurden Anfang der neunziger Jahre zunächst auf experimenteller Basis, in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts generell Studiengebühren eingeführt. Die Begründung ist, dass für Bildung, die nicht innerhalb des Pflichtschulbereichs erworben wird, gezahlt werden muss. Seitdem sind die Universitäten daran interessiert, die Zahl ihrer Studenten zu erhöhen, weil Studiengebühren mittlerweile einen wesentlichen Teil ihres Budgets ausmachen. In China ist eine breite Mittelschicht im Entstehen, die nicht nur die Mittel, sondern auch die Bereitschaft hat, in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren. -st-

### 21 Unruhe unter Beijinger Studenten

In der zweiten Maihälfte kam es auf dem Campus der Beijing-Universität zu Demonstrationen. Sie wurden ausgelöst durch den Mord an einer Studentin. Diese war am 19. Mai nachts auf dem Nachhauseweg zu ihrem Studentenheim Opfer einer Vergewaltigung und eines Mordes geworden. Sie hatte den letzten Bus verpasst und musste mehrere Kilometer zu Fuß laufen. Am folgenden Morgen wurde ihre Leiche unweit der Straße, die zum

Campus führt, gefunden. Die Studenten kritisieren die schlechten Verkehrsverbindungen zwischen Hauptcampus und den Studentenheimen; dadurch komme es immer wieder zu Belästigungen von Studentinnen und Übergriffen. Deshalb verlangen sie mehr Sicherheit. Angesichts des bevorstehenden Jahrestages des 4. Juni 1989 hatte die Parteiführung der Universität zunächst angeordnet, den Mord nicht bekannt zu machen, um Unruhen zu verhindern. Die Nachricht hatte sich jedoch über ein elektronisches Nachrichtenbulletin schnell verbreitet, und am 23. Mai gab schließlich auch die Universitätsverwaltung den Vorfall bekannt. Wohl hauptsächlich mithilfe des Internet wurde zu einer Gedenkdemostration auf dem Campus aufgerufen.

Am Abend des 23. Mai fanden sich rund 2.000 Studenten zu einer Mahnwache mit Kerzen auf dem Campus der Beijing-Universität ein. Am folgenden Abend fanden ähnliche Demonstrationen statt. Dabei wurden der Rücktritt des Ministers für öffentliche Sicherheit, des Beijinger Polizeichefs und sogar der Bildungsministerin sowie Gespräche mit der Universitätsleitung gefordert; die Regierung wurde der Nachlässigkeit bezichtigt, die Universitätsverwaltung der Korruption, Inkompetenz und Herzlosigkeit. Außerdem wurden eine Gedenkveranstaltung für die ermordete Studentin, mehr Sicherheit auf dem Universitätsgelände und bessere Lebensbedingungen gefordert. Am Vormittag des 24. Mai stellte sich der Vizepräsident der Universität einem Gespräch mit den Studenten, in dem er Verständnis für deren Sorgen zeigte. Doch als die Studenten provozierende Fragen stellten, soll er sich in das Verwaltungsgebäude zurückgezogen haben. Am Abend desselben Tages sprach Universitätspräsident Xu Zhihong zu den Studenten, allerdings nur in Abwesenheit über Lautsprecher. Er versprach Gespräche und eine Gedenkveranstaltung, erntete von Seiten der Studenten jedoch nur Hohngepläcker.

Auch zahlreiche Plakate waren aufgestellt worden, auf denen die Universitätsverwaltung und die Regierung kritisiert wurden. Auf einem Plakat war zu lesen: „Wir können nicht wieder schweigen, wir müssen unsere Stim-

me laut erheben!“, auf einem anderen: „Macht diese Gedenkstätte zu einem Forum für Demokratie, zu einem offenen Raum für Studenten und Dozenten!“

Im Übrigen hatten die Behörden angeordnet, das Universitätsgelände von Polizei in Zivil zu umstellen, um ein Übergreifen der Demonstrationen und Proteste nach draußen zu verhindern. (SCMP, 25. u. 26.5.00)

Am 25. Mai fand dann in der Aula der Universität eine Gedenkveranstaltung statt, zu der etwa 3.000 Studenten erschienen waren. Es soll die größte Versammlung von Studenten seit den Protesten von 1989 gewesen sein. Als reine Trauerkundgebung verlief die Veranstaltung völlig unpolitisch. Die Studenten schritten in Viererreihen an dem Bild der ermordeten Studentin vorbei, verbeugten sich und legten Blumen und Trauerbotschaften nieder. (SCMP, 26.5.00) Die Studenten hatten zudem eine „Online-Gedenkstätte“ eingerichtet, auf der Tausende von Beileidsbekundungen eingingen; bis zum Nachmittag des 26. Mai waren es bereits mehr als 16.000 (SCMP, 27.5.00).

Die zweitägigen Studentendemonstrationen und die nur auf die Forderung der Studenten hin zu Stande gekommene Gedenkveranstaltung zeigen, dass die Studenten sich durchaus nicht nur passiv und unpolitisch verhalten, wie sie seit dem 4. Juni 1989 oft charakterisiert werden. Studium und Karriere mit dem Ziel, einmal gut zu verdienen, stehen gemeinhin zwar an erster Stelle ihrer Prioritätenliste; dies bedeutet aber nicht, dass die Studenten nicht bereit wären, ihre Interessen zu artikulieren und sich als selbstbewusste Gruppe zu geben. In diesem Falle hatte sich der Unmut der Studenten als Folge der fehlenden und dann zu späten Reaktion der Universitätsverwaltung auf den Mord an ihrer Kommilitonin entladen. Dem Mord sollen allerdings schon seit längerer Zeit Klagen von Seiten der Studenten über mangelnde Sicherheit auf dem Campus sowie über schlechte Lebensbedingungen vorausgegangen sein (vgl. SCMP, 27.5.00). Der Mord geschah also zu einer Zeit, in der ohnehin unter der Studentenschaft allgemeine Unzufriedenheit herrschte.

Die Universitätsverwaltung scheint sich der krisenhaften Situation bewusst gewesen zu sein und hat entsprechend unsicher reagiert, indem sie zunächst versuchte, das Verbrechen zu verschweigen, und als dies nicht mehr möglich war, beschwichtigend auf die Studenten einzuwirken. Teil dieser Taktik war, dass man den Wünschen der Studenten teilweise entgegenkam und zugleich die Kontrolle über Studenten und Dozenten verschärfte, nicht zuletzt aus Furcht vor möglichen Unruhen anlässlich des nahenden Jahrestages des 4. Juni 1989.

Bemerkenswert ist zudem, dass die festlandchinesischen Medien nicht über den Vorfall berichteten. Lediglich die englischsprachige *China Daily* brachte Berichte aus offizieller Sicht (SCMP, 27.5.00). Es war wieder einmal die Hongkonger Presse, die über die Ereignisse eingehend berichtete und damit ihre wichtige Funktion in der chinesischen Medienlandschaft wahrnahm. -st-

## 22 Beschluss über Geburtenregelung

ZK und Staatsrat haben am 2. März 2000 einen „Beschluss über die Stärkung der Bevölkerungs- und Geburtenplanungsarbeit und die Stabilisierung des niedrigen Geburtenniveaus“ verabschiedet. Er wurde am 8. Mai in der Presse veröffentlicht (s. RMRB, GMRB, 8.5.00) und besteht aus fünf Abschnitten mit insgesamt 20 Punkten. In dem Beschluss wird deutlich gemacht, dass der Staat an der strengen Geburtenregelungspolitik festhalten will. Die Geburtenplanung wird als langfristige Aufgabe angesehen, von deren Gelingen das Wohl der Nation abhängt. Grundlegende Ziele sind die Beschränkung der Bevölkerungszahl und die Verbesserung der Bevölkerungsqualität. Als mittelfristiges Ziel wird ein Anwachsen der Bevölkerung auf maximal 1,4 Mrd. bis zum Jahr 2010, als längerfristiges Ziel Nullwachstum genannt. Ansonsten wird die bisherige Bevölkerungspolitik bestätigt.

Die wichtigsten Punkte des Dokumentes werden im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben:

1. Die Stabilisierung des niedrigen Geburtenniveaus als wichtige und

schwierige Aufgabe: In diesem Abschnitt werden die Grundlagen und Schwierigkeiten der Bevölkerungspolitik erläutert. Geplant ist, die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten auf Nullwachstum zu bringen, nachdem der Gipfel von ca. 1,6 Mrd. überschritten ist. Dies ist aber nur unter der Voraussetzung zu erreichen, dass sich die niedrige Geburtenrate stabilisiert. Man geht davon aus, dass in den kommenden zehn und mehr Jahren die Bevölkerung pro Jahr um 10 Mio. zunimmt. Als erschwerend kommen der Druck auf die Beschäftigung und die Alterung der Bevölkerung hinzu, so dass enorme Widersprüche zwischen Bevölkerung auf der einen und Wirtschaft, Gesellschaft, Ressourcen und Umwelt auf der anderen Seite entstehen. Die Schwierigkeiten bei der Stabilisierung der niedrigen Geburtenrate werden vor allem in der regional ungleichen Entwicklung, in den mangelhaften sozialen Sicherungssystemen und im Einfluss traditioneller Vorstellungen gesehen. Das kommende Jahrzehnt wird als entscheidend betrachtet.

2. Ziele und Politik der Geburtenplanung im kommenden Jahrzehnt: Als konkretes Ziel wird festgelegt, dass die Bevölkerung Chinas (ohne Hongkong, Macau und Taiwan) bis 2010 nicht über 1,4 Mrd. wachsen und die durchschnittliche Zuwachsrates pro Jahr nicht über 15 Promille hinausgehen darf. Die Qualität der Bevölkerung soll sich in diesem Zeitraum deutlich erhöhen. Diese Ziele sollen auf der Grundlage der folgenden Politik erreicht werden:

- Beschleunigung der sozioökonomischen Entwicklung unter größter Wertschätzung von Wissenschaft und Bildung und damit Anhebung des Lebensstandards und der Qualität der Bevölkerung, um eine ausgeglichene Entwicklung zwischen Bevölkerung sowie Wirtschaft, Gesellschaft, Ressourcen und Umwelt herbeizuführen.
- Propagierung von Spätehen und späten Geburten sowie der Ein-Kind-Ehe. Unter besonderen Umständen kann nach dem Gesetz ein zweites Kind gewährt werden. Die nationalen Minderheiten müssen ebenfalls Geburtenplanung durchführen. Die konkreten

Bestimmungen werden von den Provinzen festgelegt.

- Es soll zu beiderseitigem Vorteil auf Kooperation zwischen Staat und Bevölkerung gesetzt werden.
- Der Schwerpunkt der Arbeit ist auf das Land zu verlegen, insbesondere in Mittel- und Westchina, wobei die Städte und der Osten eine Vorbildfunktion einnehmen sollen. An den „drei Hauptsachen“ (*san wei zhu*), nämlich Erziehung, Verhütung und kontinuierliche Arbeit, soll festgehalten werden.

3. Verbesserung des Kontrollsystems und der betr. sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen: Die Verwaltungen aller Ebenen werden zu verstärkter Kontrolle angehalten, insbesondere die Registrierung der Geburten und das Gesetzessystem sollen verbessert werden. Tatsächliche Schwierigkeiten sollen durch Hilfsmaßnahmen und Unterstützung bedürftiger Familien gelöst werden. Auf dem Lande soll die Politik verfolgt werden: „Bei mehr Menschen vermehrt sich der Boden nicht, bei weniger Menschen verringert sich der Boden nicht.“ Bei Familien, die gegen die Geburtenregelung verstoßen, sollen wirtschaftliche Sanktionen erteilt werden, deren Höhe von der jeweiligen Provinz festzusetzen ist. Für Familien mit Einzelkind gibt es verschiedene Vergünstigungen, z.B. bei der Ruhestandsregelung der Eltern, bei Bodenzuteilung, Einkommen aus kollektiven Unternehmen, bei der Ausbildung, Beschäftigung, medizinischen Versorgung und Wohnraum. Vor allem aber sollen die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut werden, insbesondere die Alters- und Krankenversicherung.

4. Aufbau eines Kontrollsystems für die Bevölkerungs- und Geburtenplanungsarbeit, das zu einer sozialistischen Marktwirtschaft passt: Partei und Regierungen aller Ebenen sollen sich gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften der Aufgaben annehmen. Die Kontrolle der Wanderbevölkerung wird als besonders wichtig herausgestellt. Namentlich die Propaganda-, Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturabteilungen sollen mit allen Mitteln Basiswissen über Geburtenregelung verbreiten. Zugleich sind die technischen Dienste zu verbessern, vor allem wirksame und

geeignete Verhütungsmittel bereitzustellen.

5. Stärkung der Führung durch Partei und Regierung: Ausgehend von der Feststellung, dass die Führung durch Partei und Regierung die Gewähr für eine gute Bevölkerungs- und Geburtenplanungsarbeit bietet, werden die Parteiorganisationen und Regierungen aller Ebenen aufgerufen, die Geburtenplanung als prioritäre strategische Aufgabe zu behandeln. Die Zentrale veranstaltet jedes Jahr eine nationale Konferenz über Bevölkerungsarbeit und überwacht die Provinzen, die jährlich Berichte an die Zentrale zu geben haben. Ausdrücklich wird hervorgehoben, dass Kader, die sich nicht an die Vorschriften halten, streng bestraft werden. Auf die Schulung des in der Geburtenplanungsarbeit tätigen Personals soll besonderer Wert gelegt werden. Schließlich werden die Finanzverwaltungen aller Ebenen aufgerufen, die notwendigen Mittel für die Geburtenplanungsarbeit bereitzustellen. Bis zum Jahr 2005 sollen pro Kopf und pro Jahr mindestens 10 Yuan für Geburtenplanung aufgewendet werden.

Angesichts des Fehlens eines nationalen Geburtenplanungsgesetzes kommt diesem Beschluss der Zentrale großes Gewicht zu. Wie der Beschluss bestätigt, sind die Provinzen für die Ausformulierung der Bestimmungen über die Geburtenregelung zuständig. Lediglich für die Wanderbevölkerung hat die Zentralregierung 1991 „Maßnahmen“ zur Geburtenkontrolle erlassen. Zwar betont die politische Führung bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit, an der strengen Familienplanung festzuhalten, aber auf lokaler Ebene wird die Geburtenregelungspolitik vielfach lax gehandhabt oder umgangen. Dabei gehen die Kader häufig mit schlechtem Beispiel voran. Dieser Beschluss soll klarstellen, dass die Eindämmung des Bevölkerungswachstums weiterhin auf der Tagesordnung steht und der Staat keine Lockerung in Aussicht stellt. -st-